

9/86

Ein bedeutsamer Schritt für die CDU Deutschlands

Neuer Start in NRW

Die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe haben sich am vergangenen Wochenende in Düsseldorf zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen, der mit 260 000 Mitgliedern der größte Landesverband der CDU Deutschlands ist. Erster Vorsitzender wurde Kurt H. Biedenkopf, erster Stellvertreter Dieter Pützhofen. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach von einem neuen Anfang und von großen Hoffnungen, die die CDU in den neuen Landesverband setze.

Der Kanzler zog eine eindrucksvolle Bilanz seiner bisherigen Regierungspolitik (siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieses UiD) und erntete zum Schluß großen Beifall und Ovationen der 600 Delegierten. Helmut Kohl sagte in seiner Rede u.a.:

Dies ist nicht nur für die CDU hier in Nordrhein-Westfalen, dies ist für die CDU Deutschlands ein wichtiger, ein bedeutsamer Tag. Nach vielen Anläufen und Diskussionen in den letzten vierzig Jahren finden Sie sich heute hier zusammen, um einen neuen Anfang zu setzen. Ich glaube, es ist richtig, einen Augenblick innezuhalten und auf diese Wegstrecke zurückzuschauen, zumal die Kombination der Monatsdaten dies förmlich herausfordert.

Liebe Freunde, am 1. März 1946 fand die zweite Sitzung des Zonenbeirats der Christlich Demokratischen Union für die britische Zone in Neheim-Hüsten statt. Dort wurde Konrad Adenauer zum Vorsitzenden der CDU für die britische Zone berufen. Dort wurde das erste Programm der CDU in der bri-

HEUTE LESEN SIE:

● MITGLIEDERWERBUNG

Die Offensive '87 — mach mit für die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl — rollt. Die vielerorts bereits im Herbst '85 und in den ersten Wochen des neuen Jahres durchgeführten sorgfältigen Vorbereitungen tragen jetzt bei vielfältigen Aktionen Früchte. Auch und gerade im Bereich Mitgliederwerbung gehen täglich Erfolgsmeldungen über Werbeaktionen und besonders aktive CDU-Freunde ein, die für die politischen Ziele der Union unterwegs sind und mit Überzeugungskraft und guten Argumenten neue Mitglieder werben. Machen Sie mit: Beispiele und Vorschläge auf den Seiten 16—19

● OSTERTIPS UND FLUGBLATT ZUR SACHE Seite 21—23

● § 116 AFG
Koalitionsfraktionen einigen sich auf Änderungskonzept. Seite 7

● WIRTSCHAFT
1986 erwarten wir 400 000 neue Arbeitsplätze. Seite 11

● DOKUMENTATION
Helmut Kohl zog vor der Bonner Pressekonferenz eine positive Bilanz nach drei Regierungsjahren: Der Kurs unserer Politik stimmt. Grüner Teil

tischen Besetzungszone — das bedeute zugleich für die Gesamt-CDU neben der Berliner Erklärung das zweite wichtige Dokument unserer Politik — beschlossen.

Für uns heute ist diese Programmschrift von Neheim-Hüsten ein bedeutsames Dokument. Dazu gehört auch ein Aufruf, der, wie wir aus den Quellen wissen, aus der Feder Konrad Adenauers stammt. Bis zum Ende seiner Tage war er auf diesen Text, Ergebnis seines politischen Denkens und Handelns, stolz. Dieser Text ist auch wichtig, weil er, in einer Stunde der Not geboren, auch uns heute in einer ganz anderen Zeit mit anderen Problemen und Herausforderungen, einen Hinweis auf das gibt, was ich als das Koordinatensystem christlich demokratischer Politik bezeichnen möchte. Fernab von jedem Zeitgeist ist dies Grundlage und Grundsatz unserer Politik.

Einen Abschnitt aus diesem Aufruf möchte ich zitieren: „*Zum ersten Male in der deutschen Geschichte finden wir uns unter Ablehnung jeglicher Zersplitterung in unserem Volke zusammen zur Union aller christlichen Demokraten. Der Ruf zur Freiheit und zum Stolz des eigenen Gewissens hat viele zum christlichen Kulturbewußtsein zurückgeführt, dessen Lebenskraft Jahrtausende überwunden und die Entwicklung der Menschheit mit ewig junger Kraft bestimmte. Die Rückbesinnung auf diese unverlierbaren Werte wird uns die Kraft geben, verschüttete Quellen zu erschließen, einen so großen und wertvollen Beitrag zum Glück und Fortschritt der Menschen zu leisten wie jedes andere Volk.*“ Dies ist eine demonstrative Sprache des Optimismus, liebe Freunde. In der Stunde Null unserer neueren Geschichte war dies ein klares Ja zur Zukunft. Ich sagte schon, die Zeiten sind heute natürlich anders; wir haben andere Probleme. Aber wir können aus Neheim-

Hüsten lernen, wie man schwierige Zeiten durchsteht, wie man Positionen bezieht und aus Zuversicht Kraft schöpft. Was dort grundgelegt wurde, ist das klare, uningeschränkte Ja zu unserem freiheitlichen Staat. Deswegen habe ich zu Beginn dieser nachdenkliche Betrachtung hier in Ihre Debatte eingebracht. Denn es ist für mich wichtig, daß dieser neue große Landesverband der CDU in Nordrhein-Westfalen bei allen tagespolitischen Geschäften die große Linienführung, die geschichtliche Verpflichtung unseres politischen Denkens und Handelns nicht aus dem Auge verliert. Wenn wir sagen, wir wagen hier einen Anfang, so muß es ein Anfang aus unseren Grundsätzen, aus unserer Überzeugung heraus sein.

Es muß ein Anfang sein, der sich nicht in der Tagespolitik erschöpft, sondern der den Menschen aus allen sozialen Schichten an Rhein und Ruhr deutlich macht: **Hier steht die große Christlich Demokratische Union als die Volkspartei aller Schichten unseres Landes. Dieser Landesverband trägt große Hoffnungen der Samtpartei.** Nordrhein-Westfalen ist das wichtigste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Land hat eine ungeheure Dynamik, Vitalität und Kraft. Wir müssen sie nur wieder zum Vorschein bringen. Wir müssen den Menschen wieder ihre Entfaltungschancen geben. Wir — die CDU Deutschlands und die Bundesrepublik Deutschland — brauchen Nordrhein-Westfalen mit all dem, was seine Bürger in der Geschichte leisten, was sie in der Gegenwart und in der Zukunft einbringen können. Bernhard Worms hat zu Recht auf die große Tradition und auf die Beiträge der letzten 40 Jahre verwiesen. Es waren die Ministerpräsidenten Karl Arnold und Franz Meyers und viele andere aus Nordrhein-Westfalen, die auch in der Bundespolitik mit kräftiger Handschrift ihren Beitrag ins

Buch der Geschichte unseres Landes geschrieben haben.

Wir haben — dessen bin ich sicher — auch hier an Rhein und Ruhr unsere Chance, wenn wir sie nur selbst wollen, wenn wir nur selbst bereit sind, hart zu arbeiten, hart zu kämpfen und uns nicht in peripherie Gebiete der Politik abdrängen lassen. Wir waren die bestimmende politische Kraft hier in Nordrhein-Westfalen, und wir haben — gerade auf Grund der Beschlüsse des heutigen Tages — alle Chancen, sie wieder zu werden.

Liebe Freunde, ich — und mit mir die ganze Bundespartei — werde diesen Weg nicht nur verfolgen, sondern ich werde Sie — wo immer Sie mich brauchen und ich hilfreich sein kann — unterstützen. Ich werde Kurt Biedenkopf und Dieter Pützhofen in der Parteiführung jede nur denkbare Unterstützung gewähren. Das ist für mich ganz selbstverständlich.

Liebe Freunde, ich sagte, wir haben alle Chancen, das Vertrauen der Bürger erneut zu erhalten. Ich will dieses „Wir“ noch einmal unterstreichen. Eines müssen wir aus der 40jährigen Geschichte unserer Partei gelernt haben: **Wir waren nur dann erfolgreich, wenn wir das Wir größer geschrieben haben als das Ich, wenn wir begriffen haben, daß die Profilierung des einzelnen — das gilt übrigens auch in der Koalition — dem Ganzen schadet und daß wir nur gemeinsam gewinnen oder verlieren können.** Weil dies so ist und weil wir auch die Alternative im rot-grünen Bündnis vor uns sehen — mit all den Konsequenzen für den Weg der Republik —, will ich Ihnen ganz einfach sagen: Ich bitte Sie mit all unseren Freunden hier in Nordrhein-Westfalen, mit Ihrem jetzt zu wählenden Landesvorsitzenden und dem Landesverband, mit den Ortsvorsitzenden, den Kreis- und Bezirksvorsitzenden, den Mandatsträgern auf kommunaler Ebene und auf Landes- und Bundesebene

in diesen Monaten zusammenzustehen, damit wir dieses Wir-Gefühl deutlich spüren. Zeigen wir den Wählern, unseren Freunden unter den Bürgern, daß eine politische Partei eben kein Interessenverband, sondern ein Stück politische Heimat ist.

Wir haben Bedeutendes leisten können — und mein Beitrag in diesen drei Jahren war getragen von Ihrem Vertrauen. Gehen Sie davon aus: Ich tue meine Pflicht, wie Sie das von mir mit Recht erwarten. Sie verstehen, wenn auch ich Ihnen zufreie: Meine Bitte ist, daß auch ein jeder von Ihnen seine Pflicht tut. **Wenn wir dies gemeinsam tun, werden wir am Wahltag im Januar 1987 gemeinsam ein großartiges Ergebnis erringen.**

Zahl der Beschäftigten steigt weiter an

Zu den beschäftigungspolitischen Erfolgen der Bundesregierung erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Matthias Wissmann: Parallel zu den sich verstärkenden konjunkturellen Aufschwungtendenzen nimmt auch die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wieder zu. Allein im 3. Quartal 1985, für das inzwischen statistisch gesicherte Daten verfügbar sind, hat die Beschäftigung um 80 000 Arbeitnehmer zugenommen. Dies ist die stärkste Beschäftigungszunahme seit Beginn des Wiederanstiegs der Zahl der Beschäftigten Anfang des Jahres 1984. Für dieses Jahr scheint es realistisch von einem weiteren Beschäftigungsanstieg von rd. 300 000 bis 330 000 Personen auszugehen. Von 1984 bis 1986 hätte sich damit die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 600 000 erhöht. Die konjunkturellen Belebungseffekte der sinkenden Ölpreise sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Ein historischer Schritt und ein verheißungsvoller Anfang

Mit demonstrativer Geschlossenheit haben sich am vergangenen Wochenende (8. März 1986) in Düsseldorf die beiden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zur nordrhein-westfälischen CDU vereinigt und mit überwältigender Mehrheit (91,5 Prozent) Kurt Biedenkopf zum Vorsitzenden des neuen und mit Abstand größten CDU-Landesverbandes gewählt. In Anwesenheit von Bundeskanzler Kohl, CDU-Generalsekretär Geißler und Bundesarbeitsminister Blüm verabschiedete der erste gemeinsame Parteitag der Union an Rhein und Ruhr bei nur einer Enthaltung eine neue Parteisatzung, die die Bildung von acht Bezirken vorsieht. Erster Stellvertreter Biedenkopfs wurde der rheinische Vorsitzende Dieter Pützhofen, für den 83,5 Prozent stimmten.

Die nach der schweren Wahlniederlage bei der Landtagswahl im Mai 1985 in Angriff genommene, von den beiden CDU-Landesverbänden Rheinland und Westfalen empfohlene und politisch beschlossene Fusion muß formal noch vom Bundesparteitag der CDU im Herbst mit Zweidrittelmehrheit bestätigt werden. Bis dahin bleiben die 40 Jahre getrennt organisierten beiden Landesverbände juristisch neben dem neuen Großverband bestehen, der mit 260 000 Mitgliedern 40 Prozent der Bundespartei repräsentiert.

Nachdem zuvor Bundeskanzler Helmut Kohl dem bisherigen westfälisch-lippischen Landesvorsitzenden seine Unterstützung zugesagt und der rheinische CDU-Vorsitzende Pützhofen für ein gutes Abstimmungsergebnis für Biedenkopf geworben hatte, erhielt dieser 549 der 600

Delegiertenstimmen, nur 31 CDU-Vertreter stimmten gegen Biedenkopf, 20 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Auch die Wahl des rheinischen CDU-Vorsitzenden Dieter Pützhofen, der zum ersten Stellvertreter bestimmt wurde, löste Ovationen der Delegierten aus. Auf den Krefelder Oberbürgermeister, der in Zukunft vor allem die Landes- und Kommunalpolitik verantworten will, während Biedenkopf ins CDU-Bundespräsidium zurückkehren will, entfielen 496 der 594 gültigen Stimmen. Gegen Pützhofen votierten 88, zehn Delegierte enthielten sich. Damit erreichte Biedenkopf eine Zustimmung von 91,5 Prozent; Pützhofen kam auf eine Mehrheit von 83,5 Prozent. Bei seiner Wahl zum Nachfolger von Worms als rheinischer Vorsitzender hatte Pützhofen 82 Prozent der Stimmen bekommen.

Dem neuen Landesvorsitzenden und seinem Stellvertreter stellte der Parteitag weitere vier Stellvertreter zur Seite. Aus Westfalen wurden Heinrich Ostrop und die Landtagsabgeordnete Christa Thoben, aus dem Rheinland die Parlamentarischen Staatssekretäre Irmgard Karwatzki und Horst Waffenschmidt gewählt. Landesschatzmeister wurde der Rheinländer Krey. Dem erweiterten Vorstand gehören zusätzlich 31 Beisitzer an, die paritätisch aus den beiden bisher selbständigen CDU-Landesverbänden nominiert wurden.

In seiner ersten Rede als Vorsitzender der NRW-CDU stellte Biedenkopf die Verschmelzung in die Tradition der CDU-Gründer in NRW. Er zitierte Konrad Adenauer aus dem Jahr 1946:

„Wir Rheinländer fühlen uns mit den Westfalen auf das engste verbunden und wollen mit ihnen eng und treu zusammenarbeiten.“

Dem habe er nichts hinzuzufügen, sagte Biedenkopf und erklärte, er selbst „und wir alle“ seien nun in die Pflicht genommen zum Gewinn der Bundestagswahl 1987. Sein Motto heiße dabei: „Dienen und nochmal dienen!“ Biedenkopf betonte, er verstehe die CDU in NRW als „soziales Gewissen“ in der Bundespartei und werde das Gespräch mit den Gewerkschaften suchen, allerdings nur „auf der Geschäftsgrundlage des sozialen Friedens“, wozu die Überparteilichkeit der Einheitsgewerkschaft gehöre.

Scharf ins Gericht ging Biedenkopf mit dem SPD-Ministerpräsidenten in NRW und Kanzlerkandidaten Johannes Rau, der mit seiner Kampagne „Versöhnen statt spalten“ erfolglos bleiben werde. Rau versuche, den Menschen vom Politiker zu trennen, aber er müsse sich gerade als Kanzlerkandidat „alles zurechnen lassen, was durch seine Partei in die politische Auseinandersetzung hineingetragen wird“. Ob Rau als Mensch ein guter Christ sei, sei nicht die Frage, betonte Biedenkopf. Nicht als „Bruder Johannes“, sondern als SPD-Kanzlerkandidat werde man Rau „die Hetzkampagne der IG Metall vorhalten“. Rau versuche, den Anstand für sich zu pachten. „Aber die Arbeitsteilung zwischen Anstand und Diffamierung z. B. des Bundeskanzlers machen wir nicht mit!\", rief Biedenkopf aus. Rau sei und bleibe der Mann, der vor Jahren im Landtagswahlkampf Anzeigen veröffentlicht habe, in denen die SPD eine Kriegerwitwe benutzt hatte, um die Friedensfähigkeit der CDU in Frage zu stellen.

Auch Dieter Pützhofen nahm den Parteitag zum Anlaß, eine energische Politik gegen Johannes Rau zu fordern. Nun habe

man ein großes gemeinsames Dach, unter dem es sich „besser streitet und arbeitet“. Die Partei müsse spätestens seit Schleswig-Holstein wissen, daß „die Senkung der Inflationsrate kein Faszinosum an sich“ sei. Die CDU sei nicht als Wirtschaftspartei sondern als Volkspartei groß geworden.

Vor der abschließenden Rede des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler, der die Düsseldorfer Fusion in das Licht der geistigen Grundlagen der CDU stellte, erntete Bundesarbeitsminister Blüm tosenden Beifall für seine Bemerkung, der bundesweite Aktionstag des DGB am 6. März gegen die Neufassung des § 116 AFG sei „die größte Arbeiterverdummung der Nachkriegszeit“ gewesen. Nicht in der CDU, sondern in der IG Metall säßen die Feinde der Einheitsgewerkschaft.

PRESSESTIMMEN:

Der Zusammenschluß, schon ein Wunschtraum von Konrad Adenauer, ist in den letzten 40 Jahren mehrfach versucht worden, aber nie gelungen. Möglich wurde er wohl erst durch die katastrophale Wahlniederlage der Partei im vergangenen Jahr. Die Bewährungsprobe steht dem neuen Verband aber noch bevor. Für die Bundestagswahlen sind die Erwartungen jedenfalls hoch.

(DFS, 8. März 1986)

Die Fusion steht erst einmal nur auf dem Satzungspapier. Bis zu einer echten inneren Verschmelzung wird noch ein weiter Weg zurückzulegen sein. Dieses Ziel zu erreichen, wird die wichtigste Aufgabe Biedenkopfs sein.

(WDR, 8. März 1986)

Die CDU hat ihre tiefen Depressionen aus der Wahlniederlage überwunden. Die Krise ist vorbei.

(Aachener Volkszeitung, 10. März 1986)

Der Erfolg der CDU in NRW wird jedoch davon abhängen, ob sich die Harmonie des ersten gemeinsamen Parteitages in geschlossene Aktionen umsetzen läßt.

(Badische Zeitung, 10. März 1986)

Heiner Geißler:

Mit der Union vorwärts oder mit der SPD rückwärts

Generalsekretär Heiner Geißler warf der SPD vor, mit einem „Wischiwaschi-Programm und einem Wischiwaschi-Kandidaten“ die Bundestagswahlen im Januar 1987 zu einer Volksabstimmung darüber machen zu wollen, „wer schöner ist“. Damit wollte sie von ihrer unüberwundenen inneren Spaltung in „Neutralisten“ und „Anhänger des Godesberger Programms“ hinwegtäuschen. Die Wähler haben nach den Worten des Generalsekretärs 1987 die Wahl zwischen „vorwärts oder rückwärts“ in der politischen Richtung. SPD und GRÜNE — so Geißler — wollten die Bundesrepublik in die siebziger Jahre zurückführen, während die Union vor drei Jahren den Weg nach vorn angetreten habe. Zur innerparteilichen Situation sagte Geißler:

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands begrüßt, daß ihre beiden Landesverbände im Rheinland und in Westfalen-Lippe sich zur CDU in Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen haben. Ein geschlossenes Auftreten der CDU in Nordrhein-Westfalen gehört zudem zu den Voraussetzungen für einen Wahlsieg im Jahre 1987.

Was die Partei selbst anbelangt: Wenn Nordrhein-Westfalen nun auf Bundesparteitagen eine noch größere Bedeutung gewinnen sollte, dann kann das aus meiner Sicht eigentlich nur ein Anreiz für andere Landesverbände sein, in der Mitgliederwerbung noch aktiver zu sein und noch bessere Wahlergebnisse zu erzielen,

um dies möglicherweise auszugleichen. Ich bin der Überzeugung, daß der Zusammenschluß der beiden Landesverbände dazu führen wird, daß Reibungsverluste, die unsere Arbeit in der Vergangenheit beeinträchtigt haben, dieser Vergangenheit angehören, und daß die Christlich Demokratische Union durch diesen organisatorischen Zusammenschluß die Chance hat, geschlossen und deswegen auch wirksamer der SPD in Nordrhein-Westfalen entgegenzutreten und Alternativen zu entwickeln. Darauf kommt es uns an. Es kommt nicht auf Klüngelien an oder Machtpositionen oder Besitzstände. Es kommt vielmehr ausschließlich und allein darauf an, was den Interessen der Christlich Demokratischen Union und den Interessen Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik nützt und dient. Dies ist der entscheidende Gesichtspunkt.

Die Ausgangslage in Nordrhein-Westfalen ist nicht einfach. Wir haben in diesem Land — das hat das letzte Landtagswahlergebnis gezeigt — Gebiete, in denen die CDU vom Wahlergebnis her eben keine 50%-Partei, sondern eine 20- oder 30%-Partei geworden ist. Dies ist eine Herausforderung für uns als Volkspartei. Das heißt, die Idee der Volkspartei muß in Nordrhein-Westfalen in gesellschaftspolitische und gesellschaftliche Arbeit umgesetzt werden. Die CDU darf nicht zu einer Inzuchtveranstaltung werden, sie darf keine Berührungsängste haben, sie darf sich nicht verstecken. Die Mitglieder müssen sich zu dieser Partei bekennen.

§ 116-Kompromiß: 8 Vorteile

Die Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit ist nach der Entscheidung des Sozialgerichts Frankfurt und nach überwiegender Ansicht der Sachverständigen rechtswidrig. Der Text des bisherigen § 116 AFG allein kann die Neutralität der Bundesanstalt in Arbeitskämpfen nicht sicherstellen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte diese Norm 1969 als „unklar“ (Geschäftsbericht 1969—1971 des DGB, S. 129) bezeichnet. Der Stellvertretende DGB-Vorsitzende Hermann Beermann kritisierte damals seinen Inhalt mit den Worten: „Arbeitnehmer, die gar nicht an einem Streik beteiligt sind, aber durch Fernwirkung eines Streiks auf unbeteiligte Betriebe arbeitslos werden, sollen weitgehend von dem Bezug des Arbeitslosengeldes ausgeschlossen werden.“

Die Neufassung § 116 bringt nun wesentliche Klarstellungen für die Arbeitnehmer:

1. Es wird gesetzlich festgelegt, daß mittelbar arbeitskampfbetroffene Arbeitnehmer außerhalb des Fachbereiches immer Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeitergeld erhalten. Der alte § 116 enthielt diese Regelung nicht.
2. Es gibt keine allgemeine Generalklausel mehr: Die Fälle, in denen nicht gezahlt wird, sind eng beschrieben. Innerhalb des fachlichen aber außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des umkämpften Tarifvertrages ruht der Leistungsanspruch ausschließlich bei einem stellvertretend geführten Arbeitskampf. Von einem solchen kann nur gesprochen

werden, wenn die mittelbar Betroffenen auch an dem Arbeitskampfergebnis partizipieren.

3. Nur wenn das Arbeitskampfergebnis voraussichtlich für die mittelbar Betroffenen übernommen wird, ruht der Leistungsanspruch. Damit wird der Grundgedanke der Partizipation konkretisiert. Der bisherige § 116 enthielt dazu nichts.
4. Es wird ausdrücklich im Gesetz definiert, wann eine Forderung als erhoben gilt.
5. Die Entscheidung, ob der Leistungsanspruch ruht, wird von einem Neutralitätsausschuß gefällt. Ihm gehören gleichgewichtig Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber an. Vorsitzender ist der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Bisher entschied der Präsident allein.
6. Die Gefahr jahrelanger Rechtsstreitigkeiten ist gebannt: Gegen die Entscheidung des Neutralitätsausschusses ist die Klage beim Bundessozialgericht möglich. Das gewährleistet schnelle Rechtssicherheit.
7. Die Nachweispflicht der Arbeitgeber, daß ein Arbeitsausfall Folge eines Arbeitskampfes ist, wird verstärkt. Dabei ist eine Stellungnahme der Betriebsvertretung beizufügen, und der Arbeitgeber ist verpflichtet, der Betriebsvertretung alle erforderlichen Angaben zu machen. Außerdem kann die Bundesanstalt für Arbeit auch im Betrieb ermitteln.
8. Falls der Arbeitsausfall nicht Folge eines Arbeitskampfes ist, gibt es eine Vorleistungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit. Der Streit wird also nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen.

Helmut Kohl würdigte die großen Verdienste von Franz-Josef Wuermeling

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Verdienste des früheren Familienministers Franz-Josef Wuermeling gewürdigt, der am vergangenen Freitag (7. März 1986) nach langer Krankheit verstorben ist.

In dem Beileidstelegramm an die Familie Wuermeling erklärt der Kanzler u. a.: Franz-Josef Wuermeling hat in herausragenden Ämtern und Funktionen unserem Land und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in vorbildlicher Weise gedient. Als Mitbegründer der CDU in Rheinland-Pfalz, als Parlamentarier und insbesondere als langjähriger Bundesminister für Familien- und Jugendfragen hat er den Aufbau und die Entwicklung unseres Landes und unserer Partei maßgeblich mitgeprägt. Aus tiefster christlicher Überzeugung heraus und mit der ihm eigenen unverwechselbaren Beharrlichkeit ist Franz-Josef Wuermeling — wie kein anderer in seiner Zeit — für die berechtigten Belange der Familien eingetreten. Heute für jedermann selbstverständliche familienpolitische Leistungen wären dabei ohne sein konsequentes Engagement nicht denkbar gewesen. Sein prägendes Wirken bleibt für mich persönlich und für die gesamte Partei auch in Zukunft Verpflichtung in unserem Einsatz für die Familien. Wir werden seine herausragenden Leistungen und seine menschliche Ausstrahlung in dankbarer Erinnerung behalten.

Franz-Josef Wuermeling hat sich um unser Vaterland verdient gemacht.

Für parteipolitische Zwecke mißbraucht

Zur Einleitung eines zweiten Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost: Nachdem Herr Schily seine Anschuldigungen gegen den Bundeskanzler zweigeleitet bei den Staatsanwaltschaften in Mainz und Bonn erhoben hatte, kann die Einleitung eines Verfahrens auch in Bonn nicht überraschen. Die Wirkung zweier paralleler Verfahren war von Herrn Schily offenbar gewollt.

Herr Schily will die Prüfungspflicht der Staatsanwaltschaften, die von Amts wegen 15 Monate keinen Anlaß sahen, tätig zu werden, für parteipolitische Zwecke mißbrauchen.

Der Bundeskanzler hatte bei seiner Einvernahme durch die Staatsanwaltschaft Bonn 1982 nicht bestritten, als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union vom Hause Flick Spenden für die Partei empfangen zu haben. Dieser Vorgang war durchaus nicht unüblich und entsprach dem gängigen Verhalten in anderen Parteien.

Der Bundeskanzler hatte zudem zugesagt, durch das Büro des Bundesschatzmeisters eine genaue Aufstellung dieser Beträge anzufertigen zu lassen. Die Ergebnisse der Überprüfung hatte er dann schriftlich der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Darauf hat der Bundeskanzler auch in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß Bezug genommen. Der Bundeskanzler erwartet, daß die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen zügig durchführt.

Deutschland hat einen Patrioten verloren

*Zum Tod von Eugen Gerstenmaier
erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:*

Eugen Gerstenmaier gehört zu den großen Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er war ein Mann, dessen christlicher Glaube sich im Kampf gegen den

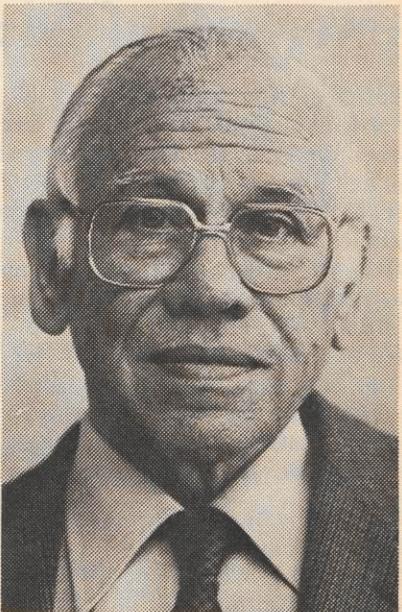
Nationalsozialismus bewährt hatte. Sein Widerstand gegen das NS-Regime — für ihn als Mitglied des „Kreisauer Kreises“ eine moralische Pflicht — hat ihn geprägt. Er erlebte die Größe der Tapferkeit, zu der die Freiheit eines Christenmenschen befähigt.

Mit unermüdlichem Einsatz arbeitete Eugen Gerstenmaier nach 1945 daran, die Wunden, die der Krieg geschlagen hatte, zu heilen. Er zögerte zunächst, in die Politik zu gehen. Aber er sah sich herausgefordert durch einen der großen Entwürfe der Nachkriegszeit, durch die Neugründung der Volkspartei CDU. Den Idealen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit galt sein ganzer Einsatz. Als langjähriger Präsident des Deutschen Bundestages hat er der jungen Republik Gestalt und Richtung gegeben.

Die Entschlossenheit und die Opferbereitschaft von Politikern wie Eugen Gerstenmaier sind auch heute für uns Vorbild und Ansporn. Sein politisches Erbe wird uns auch in Zukunft Verpflichtung und Auftrag sein.

Deutschland hat einen Patrioten verloren. Die CDU Deutschlands hat eine prägende Gestalt verloren. Ich selbst trauere um einen wertvollen Ratgeber und persönlichen Freund.

Eugen Gerstenmaier hat sich um unser Vaterland verdient gemacht.



Krise der Neuen Heimat wird den Gewerkschaften angelastet

Erheblich gelitten hat nach überwiegender Meinung der Bevölkerung das Ansehen der Gewerkschaften durch die Krise des Wohnungskonzerns Neue Heimat. Weil die Arbeitnehmer-Organisationen zudem direkt für die wirtschaftliche Notlage des Unternehmens verantwortlich seien, lehnen zwei von drei Bundesbürgern auch staatliche Hilfen zur Sanierung der Neuen Heimat ab. Zu diesen Ergebnissen führt eine repräsentative Umfrage des Kölner Forsa-Instituts, bei der 871 wahlberechtigte Bürger befragt wurden.

Auftraggeber waren das ebenfalls in Köln ansässige, arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft und der Gesamtverband der nordrhein-westfälischen Haus- und Grundstückseigentümer.

In den zwischen dem 13. und 17. Februar durchgeführten Interviews sprachen sich nur 18,9 Prozent der Angesprochenen dafür aus, daß dem Konzern mit öffentlichen Mitteln geholfen werden müßte. 69,5 Prozent plädierten für „andere Möglichkeiten“. Besonders deutlich fiel die Ablehnung von Steuergeldern bei Befragten aus, die entweder selbst Mieter der Neuen Heimat sind oder solche kennen (73,5 Prozent). Von Gewerkschaftsmitgliedern äußerten sich 59,2 Prozent negativ.

Bei der Frage nach der Verantwortung für die Probleme des Konzerns nannten 57,1 Prozent das Management der Neuen Heimat. Lediglich 7,8 Prozent führten „die allgemeine Entwicklung am Wohnungsmarkt“ an. Zudem sahen 57,4 Prozent der Befragten eine direkte Verbindung zwischen Fehlern beim Wohnungs-

unternehmen selbst und der gewerkschaftlichen Unternehmenspolitik.

Auffallend sei weiterhin, daß Gewerkschaftsmitglieder die Schuld noch eindeutiger bei der Unternehmensführung sahen als der Durchschnitt (62,6 Prozent).

Insgesamt 72,6 Prozent der befragten Bundesbürger meinten, unter den Vorgängen um die Neue Heimat hätte das Ansehen der Gewerkschaften beträchtlich gelitten. Die meisten dieser Antworten kamen von Gewerkschaftsmitgliedern (81 Prozent) und CDU-Stammwählern (83,8 Prozent).

Staatliche Hilfsmaßnahmen verlangten 33,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und sogar 38,1 Prozent der SPD-Stammwähler. Bei CDU-Stammwählern fiel die Ablehnung besonders deutlich aus (83,8 Prozent). Anhänger der Grünen lieferten sowohl bei der Forderung nach Steuergeldern aus Bund, Ländern und Gemeinden als auch bei der Ablehnung von öffentlichen Mitteln überdurchschnittliche Werte (23,2 und 71,4 Prozent).

Als Fazit meldet das Forsa-Institut, daß der „Problemkomplex Neue Heimat“ von der Bevölkerung als „außerordentlich wichtiges Thema“ empfunden werde. Unerwartet klar sei geworden, wie wenig Bundesbürger und vor allem Gewerkschaftsmitglieder die Arbeitnehmer-Organisationen als Eigentümer des Konzerns aus der Verantwortung entlassen wollten.

Dafür spreche auch die Antwort auf eine begleitende Frage der Interview-Aktion: 34,5 Prozent der Bevölkerung möchten gern noch mehr über die Zustände bei dem gewerkschaftseigenen Wohnungs- und Städtebauunternehmen erfahren.

Was uns gestohlen bleiben kann

Ein Aufschwung, sagte Johannes Rau, der Kanzlerkandidat, der sich nur in einigen Börsenkursen wider-spiegeln, könnte ihm gestohlen bleiben

Dazu schreibt der Kommentator der „Neuen Presse“:

Wie hätte es Johannes Rau denn gerne? Wäre es ihm lieber, wenn die Kurse wieder fielen, das Vertrauen in die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft also schwände, der Export zurückginge und die Inlandskaufkraft und -nachfrage mit ihm?

Die Börse ist nicht der Nutznießer des Aufschwungs, schon gar nicht sein einziger. Nutznießer sind vor allem diejenigen, deren Arbeitsplätze wieder sicherer geworden sind, die die Hunderttausende von neuen Stellen besetzen, die in den letzten Jahren geschaf-

fen wurden, die Jugendlichen, die Lehrstellen erhalten haben, auch wenn es im vergangenen Jahr nicht gelungen ist, alle Wünsche zu erfüllen. Nur — wie sähe die Lage aus, wenn es den von Rau gelegneten oder mindestens stark heruntergespielten Aufschwung nicht gäbe?

Bonn unterstützte 17 000 Firmengründungen

1985 sind in der Bundesrepublik mit staatlicher Hilfe rund 17 000 Firmen mit insgesamt 240 000 bis 250 000 Arbeitsplätzen gegründet worden. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestragsfraktion, Wissmann, betonte in Bonn, damit sei wieder das hohe Niveau der beiden Vorjahre erreicht worden.

1986: 400 000 neue Arbeitsplätze

Ende 1970, dem ersten Jahr der SPD-Bundesregierung, betrug die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 148 846. 1982 ist diese Zahl auf 1 833 244 im Jahresdurchschnitt angestiegen. Das entspricht einer Zunahme von 1 684 398. Insgesamt hat die Arbeitslosigkeit von 1970 bis 1982 um 1 132 Prozent zugenommen.

Nach Jahren rapide ansteigender Arbeitslosigkeit hat die Bundesregierung Helmut Kohl diesen Trend eindeutig gestoppt. 1986 wird es zum ersten Mal seit 1979 wieder zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen kommen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Verlauf des vergangenen Jahres um rund 250 000. Damit war sie zuletzt spürbar höher als zum Jahresende 1982. Insgesamt hat sich die Zahl der Erwerbstätigen seit dem Jahreswechsel 1983/84 um rund 350 000 erhöht. 1986 wird es bis zu 400 000 neue Arbeitsplätze geben. Das ist innerhalb von drei Jahren eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um über 700 000. Gleichzeitig wird 1986 die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 150 000 bis 200 000 zurückgehen.

Diese Entwicklung bestätigt: Der Aufschwung wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus.

Mitgliederwerbeaktion trägt erste Früchte

Im Monat Januar 1986 hat die CDU 54 Mitglieder verloren. Auf 4953 Zugänge kamen 5 007 Abgänge. Die gegenwärtige Mitgliederentwicklung ist von Stagnation bis leichtem Rückgang gekennzeichnet. Die erfreulich hohe Zahl von Neuzugängen an Mitgliedern kann zur Zeit die Verluste, die vor allem durch eine gewisse Überalterung der Mitgliedschaft entstehen, nicht immer ausgleichen. (Allein im Januar 838 Verstorbene.) Die vor einiger Zeit begonnene Mitgliederwerbeaktion in den einzelnen Kreisverbänden trägt bereits erste Früchte. Wir sind zuversichtlich, in diesem Jahr die Zahl der Neuzugänge erheblich steigern zu können, erklärte CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski.

„Billiges Öl ist Nachfragestütze“

Der Sturz der Ölpreise werde die privaten Haushalte in diesem Jahr noch stärker entlasten als die erste Stufe der Steuerreform, erklärte die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Sie erwartet von der Ölpreissenkung eine zusätzliche starke Stütze für die inländische Nachfrage.

Arbeitgeber-Aufruf an Betriebe: Einstellen und mehr ausbilden

In einem gemeinsamen Appell haben die Vorsitzenden der Spitzenverbände von Industrie, Handwerk und Handel eine „Beschäftigungs- und Ausbildungsoffensive“ gefordert. Nach einem Treffen bei der Handwerksmesse in München sprachen sich Otto Esser (BA), Hans Joachim Langmann (BDI), Wolff von Amerongen (DIHT) und Paul Schnitker (Handwerk)

dafür aus, daß die Unternehmen „jeden betriebswirtschaftlichen Spielraum für noch mehr Arbeitsplätze“ und Arbeitslose jede Einstiegschance nutzen. Betriebe sollten zusammen mit den Arbeitsämtern alle Möglichkeiten zur praxisnahen Weiterbildung und Umschulung nutzen.

BACDJ gründet Fachkommission „Sport und Recht“

Unter Vorsitz des Bayerischen Justizministers August R. Lang hat die Fachkommission „Sport und Recht“ im BACDJ ihre Arbeit aufgenommen. Ziel der Fachkommission ist es, Leitlinien zu entwickeln, die in ein sportrechtspolitisches Programm der Union einmünden sollen. Diese Leitlinien sollen bestehende Unsicherheiten bei Vereinen und Verbänden abzubauen helfen. In einem nächsten Schritt wird sich die Fachkommission mit Leitsätzen zu den in der Öffentlichkeit stark diskutierten Themen „Sport und Umwelt“ und „Sport und Steuerrecht“ äußern.

SPD-Politiker wegen Verrats von Staats- geheimnissen angeklagt

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf gegen den Würzburger SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Kolbow Anklage wegen des Verdachts der Preisgabe von Staatsgeheimnis erhoben. Der Abgeordnete soll einem Mitarbeiter der „Report“-Redaktion des Bayerischen Fernsehens eine Ablichtung des Textteiles B des „Bundeswehrplanes 1985 bis 1997“ überlassen haben. Der als „Geheim“ eingestufte Textteil B enthält eine Zustandsbeschreibung aller militärischen Bereiche der Verteidigung.

Die SPD treibt unbequemen Kritiker aus der Partei

Der Kölner Staatsrechtslehrer Prof. Kriele hat am 4. März mit einem fünfseitigen Brief an den SPD-Unterbezirksvorsitzenden Rolf Pillekat seinen Austritt aus der SPD erklärt.

Mit diesem Schritt zog Kriele den Schlußstrich unter einen bereits seit zwei Jahren schwelenden Streit mit der Parteiführung über die sozialdemokratische Politik gegenüber dem mittelamerikanischen Staat Nicaragua. Dieser Streit hatte dem Wissenschaftler, der auch Richter am nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof ist, ein Parteiausschlußverfahren eingetragen, das noch bei der Schiedsstelle seines SPD-Unterbezirks Leverkusen anhängig war. Das Parteidungsverfahren gegen Kriele war eingeleitet worden, weil er in dem Buch „Nicaragua — das blutende Herz Amerikas“ Kritik an den dort regierenden Sandinisten und auch an Willy Brandt geübt hatte. Kriele, der seit 1960 Mitglied der SPD war, betont in seiner Austrittsbegründung: „Ich wollte in der SPD bleiben.“ Er verlässe die SPD „mit blutendem Herzen“, der Verlauf der mündlichen Verhandlung seines Schiedsverfahrens am 22. Februar 1986 mache ihm jedoch die Fortsetzung des innerparteilichen Konfliktes „schlechterdings unzumutbar“. Den Anklägern in der ersten mündlichen Verhandlung warf Kriele vor, das Verfahren zu einem Tribunal über sein gesamtes wissenschaftliches und publizistisches Werk gemacht zu haben. So sei er vom Vorsitzenden der Schiedskommission, der diese thematische Ausweitung zugelassen habe, in folgender Weise belehrt worden: „Meinungsbeschlüsse der Partei seien für Mitglieder verbindlich. Wer in Sachfra-

gen anderer Meinung sei, müsse sich in den Parteigliederungen um neue Mehrheiten bemühen. Kritik dürfe er wohl privat im Eigenheim üben, nicht aber öffentlich. Nicht nur Parteitagsbeschlüsse seien von einfachen Parteimitgliedern als verbindliche Sprachregelung zu respektieren, auch Stellungnahmen des SPD-Parteipräsidiums sowie Presseerklärungen, Bundestagsreden und Aufsätze führender SPD-Mitglieder.“ Er, Kriele, folgere daraus, daß für einen unabhängigen Publizisten wie ihn kein Platz in der SPD sei.

Sein Rechtsbeistand, die Münsteraner Verfassungsrichterin und Sozialdemokratin Renate Schwarz, habe übrigens erklärt, sie hätte „ein Verfahren auf einem derartigen moralischen und intellektuellen Tiefstand nie erlebt und nicht für möglich gehalten.“

In dem Verfahren wurden ihm folgende Meinungen als „un-sozialdemokratisch“ vorgehalten:

„Demokratische Politiker sollten gegenüber kommunistischen Machthabern eine gewisse Distanz und Würde bewahren, oder: Widerstandsrecht gebe es nur gegen Diktaturen, nicht aber gegen freiheitliche Demokratien, oder: Vor einem undifferenzierten Anti-Amerikanismus sei zu warnen, oder: Man müsse über das Parteiinteresse hinaus immer auch das Gesamtinteresse der Demokratie im Auge behalten.“

Hierin wird deutlich, daß Nicaragua nur der Vordergrund einer prinzipiellen Auseinandersetzung Kries mit seiner Partei war. So sagt er auch in seiner Begründung, er fühle sich „fremd unter Leuten, die für den Kampf gegen Diktaturen nur

dann sind, wenn diese von den USA, nicht aber von der Sowjetunion gestützt werden“. Er fügt hinzu: „Diese moralisch gebrochene Logik kann überdies nicht ohne Einfluß auf den westlichen Zusammenhalt und damit auf die Friedenssicherung in Europa bleiben.“

Der eigentliche Konfliktpunkt mit der SPD liegt für Kriele darin, daß die Partei einen neuen Flügel integriert habe, der, wie er vor einigen Wochen im Fernsehen ausführte, „im Grunde ... anti-amerikanisch und damit anti-westlich und nicht mehr anti-totalitär ist“. Außerdem sagte er bei dieser Gelegenheit: „Ich glaube, daß die weiche, die Gegensätze verdekkende Ostpolitik im Grunde die Sowjetunion eigentlich nur ermuntert und ermutigt, immer aggressivere Forderungen zu stellen und viel weniger kompromißbereit zu sein.“ (zitiert nach: Handelsblatt, 6. März 1986)

Diese Äußerungen Krieles sind um so bemerkenswerter, da dieser zu den wichtigsten juristischen Ratgebern von Alt-Bundeskanzler Brandt gehörte und zu Beginn der sozialdemokratischen Regierungszeit mitgeholfen hatte, die Ostverträge auszuarbeiten. Später vertrat Kriele die Bundesregierung in den Auseinandersetzungen vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die SPD-Reaktion auf den Austritt des prominenten Sozialdemokraten ist lapidar. Peter Glotz: „Aufgrund der Entwicklung der politischen Auffassungen von Prof. Kriele in den letzten Jahren war die Austrittsentscheidung jetzt naheliegend.“

Rau sozialisiert Neue-Heimat-Verluste

Rau hat Edelmut und Hilfsbereitschaft bewiesen, indem er 2400 Mietern der Neuen Heimat in Nordrhein-Westfalen

dazu verhalf, auch künftig preiswert in ihren Wohnungen leben zu können. Die Wirklichkeit sieht freilich ganz anders aus: Erstens hätten die Mieter der Neuen Heimat auch dann ihre preiswerten Wohnungen behalten können, wenn jemand anders sie gekauft hätte. Zweitens handelte es sich lediglich darum, dem maroden Gewerkschaftskonzern mit 142,5 Millionen Mark zu Lasten der Steuerzahler unter die Arme zu greifen. **Damit finanzieren die Bürger diese Wohnungen zum zweiten Mal. Was also als gute Tat ausgegeben wird, ist nichts anderes als die Sozialisierung jener Verluste, die der Neuen Heimat durch Mißwirtschaft und Fehlentscheidungen entstanden sind.** Diese Hilfeleistung geschah klammheimlich. Daß nun so plötzlich und unter Ausschluß parlamentarischer Gremien Hilfe geleistet wird, ist ein Indiz dafür, daß der Neuen Heimat das Wasser nicht nur am Halse, sondern schon unter der Nase steht.

Erneuter Streit um SPD-Blatt „Vorwärts“

Kaum ist das jahrelange Tauziehen um den Fortbestand des sozialdemokratischen Parteiblatts „Vorwärts“ beendet und die erste Nummer in Magazinformat auf dem Markt, sind neue Turbulenzen ausgebrochen.

In scharfer Form warf der „Vorwärts“-Betriebsrat Mitherausgeber Egon Bahr „Unverfronenheit“ und der SPD-Führung „Mißmanagement“ vor. Bahr, so der Betriebsratsvorsitzende Gode Japs, habe sich „nie um die Belange der Belegschaft gekümmert“. 20 kürzlich „auf die Straße gesetzte“ Mitarbeiter hätten ihre Kündigung „allein einem von der SPD-Führung und der Verlagsleitung zu verantwortenden jahrelangen Mißmanagement zu verdanken“.

Kommunalpolitische Vereinigung verstärkt Seniorenarbeit

Der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), Horst Waffenschmidt, und Gerhard Braun, Seniorenbeauftragter der CDU Deutschlands, veröffentlichten in Bonn folgende Erklärung:

Vorstand und Hauptausschuß der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU befaßten sich auf ihrer letzten Sitzung mit den Aufgaben, die auf die Kommunen im Hinblick auf die veränderte Situation bei der älteren Generation zu kommen. In eingehender Analyse stellte die KPV unter anderem fest, daß

- sich die Lebenserwartung in den letzten 100 Jahren nahezu verdoppelt hat,
- das durchschnittliche Renteneintrittsalter heute bereits erheblich unter 65 Jahren liegt,
- es heute in der älteren Generation praktisch zwei Generationen gibt.

Die KPV weist darauf hin, daß 90 Prozent der Altenpolitik auf kommunaler Ebene stattfindet. Es ist nicht damit getan, einem Vertreter der älteren Generation ein eventuelles Mitspracherecht im Sozialausschuß einzuräumen. Die Fragen, Anliegen und Probleme der älteren Generation sind heute umfassender und differenzierter. Die KPV fordert, nachdrücklich die Arbeit der Alten- bzw. Seniorenbeiräte zu unterstützen. Es kommt darauf an, nicht nur für, sondern mit den Älteren gemeinsam zu arbeiten, damit die Älteren ihre Fragen und Probleme selbst lösen können.

In diesem Zusammenhang weisen die Bundestagsabgeordneten Horst Waffenschmidt und Gerhard Braun auf zwei Aufgaben besonders hin:

Auch der ältere Mensch hat ein Recht auf Weiterbildung. Die Träger der Erwachsenenbildung haben entsprechende Angebote zu unterbreiten.

Die wohnliche Versorgung in altengerechten Wohnungen ist für die große Zahl der alleinstehenden, insbesondere älteren Frauen noch besser sicherzustellen.

Auch auf kommunaler Ebene soll der Dialog der Generationen verstärkt werden, da nur in einem guten Miteinander alle Fragen gelöst werden können.

Vorstand und Hauptausschuß der KPV beauftragten den Regierungspräsidenten von Koblenz, Heinz Korbach, stellvertretender Bundesvorsitzender der KPV, speziell für die Kommunalpolitische Vereinigung die Verantwortung für die Seniorenarbeit zu übernehmen. Er wurde zum Seniorenbeauftragten der Bundes-KPV berufen.

Die KPV-Führungsgremien rufen alle Verantwortlichen in Städten, Gemeinden und Kreisen auf, der Seniorenarbeit in allen Bereichen der Kommunalpolitik verstärkt Aufmerksamkeit zuzuwenden.

50 000 Männer beantragten frühere Rente

Im vergangenen Jahr haben rund 50 000 Männer (20 Prozent der Renten-Neuzugänge) mit 63 Jahren Rente beantragt. Von der seit 1980 bestehenden Möglichkeit, bei Schwerbehinderung oder Arbeitslosigkeit flexibles Altersruhegeld vom 60. Lebensjahr an in Anspruch zu nehmen, haben weitere 20 Prozent Gebrauch gemacht.

Mitgliederwerbung

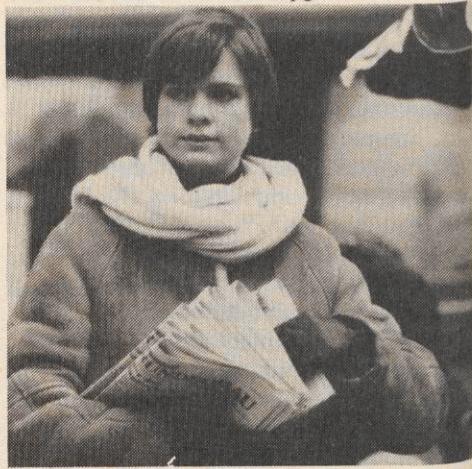
Auf Erfolgskurs!

Weit über 700 000 Mitglieder

Riesengroß ist derzeit das Engagement der Verbände und zahlreicher CDU-Freunde im Bereich Mitgliederwerbung. Das zeigen tägliche Meldungen und Anrufe aus allen Teilen unseres Landes. Fast die Hälfte aller Kreisverbände führt nach jetzigem Stand 1986 „gezielte Mitgliederwerbekationen“ durch, zahlreiche Verbände werben mit Briefaktionen verstärkt für die Mitgliedschaft in der Union, und überall im Lande eignen sich derzeit weit über 2000 CDU-Freunde das nötige Rüstzeug an, um erfolgreich für die Politik der Regierung Helmut Kohl im Freundes- und Bekanntenkreis zu werben.



Fotos: Diepgen-Team, Berlin



Sicher erfolgreich werben diese jungen Damen — hier während einer Canvassing-Aktion in Berlin-Steglitz — auch neue Mitglieder für die Union. Oder das Beispiel Hagen: Die Mitglieder-Werbebeauftragten um Oskar Pahnke warben in Hagen in wenigen Tagen bei 25 Hausbesuchen 8 neue Mitglieder. Denn gerade hierbei heißt die erste Devise: Mit dem Bürger ins Gespräch zu kommen ist der oft entscheidende Schritt zur Mitgliedschaft!

Gute Schulung bringt Erfolg

Natürlich bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle dabei Hilfe zur Selbsthilfe. Denn wer gut geschult und informiert ist, der hat auch erheblich bessere Chancen, neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen. Jeder Kreisverband sollte deshalb über einen Aktionsleiter im Bereich Mitgliederwerbung verfügen, der engagierten CDU-Freunden jederzeit mit Tips und Anregungen zur Seite stehen kann und der — anhand des Informationsmaterials der CDU-Bundesgeschäftsstelle — vor Ort auch Grundschulungen in diesem für die CDU so wichtigen Bereich durchführen kann. Natürlich wird er (sie) dann — als „Profi“ in Sachen Mitgliederwerbung — auch für die organisatorische Durchführung der Aktion im jeweiligen Kreis- oder Ortsverband federführend zuständig sein.



Zwei erfolgreiche Aktionsleiter im Kreisverband Mülheim und Ennepe-Ruhr, Heinz-Willi Klinkhammer (im Bild oben) und Dieter Mörschel (Bild unten). Sie bereiten derzeit nicht nur „gezielte Mitgliederwerbeaktionen“ vor, sondern werben natürlich auch selber für die Union. Beide raten: An Aktionsleitertreffen teilnehmen! Hier bekommt man das nötige Rüstzeug für die Praxis vor Ort.

Fotos: Presse-Service Bonn

Aktionsleitertreffen in Bonn wahrnehmen!

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet für alle Aktionsleiter, die von den Kreisverbänden benannt werden, zentral in Bonn Schulungsseminare an. Hierbei wird neben zielgerichteter, umfassender Information über den Bereich Mitgliederwerbung auch großer Wert auf einen ausführlichen Erfahrungsaustausch gelegt.

Über 50 Verbände haben von diesem kostenlosen Schulungsangebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle bereits jetzt Gebrauch gemacht; derzeit schulen die ersten Aktionsleiter schon wieder selber engagierte CDU-Freunde vor Ort. Man sieht: Hier sind wir auf dem richtigen Weg! Auch weiterhin sollen deshalb — weil erfolgreich und für die Verbände eine äußerst preiswerte Lösung — in Bonn zentrale Aktionsleiterschulungen angeboten werden.

Sie sollten die Gelegenheit nutzen und sich umgehend ausführlich unter der Telefonnummer (02 28) 544-371 informieren. Rufen Sie an!



Leitfaden

„Mitgliederwerbung leicht gemacht“



Erfolgreiche Modelle für CDU-Verbände



Unsere Materialien für Ihre erfolgreiche Arbeit vor Ort:

Leitfaden: Mitgliederwerbung leicht gemacht

Drei erfolgreiche Modelle zur Mitgliederwerbung auf CDU-Verbandsebene werden in dieser Broschüre ausführlich vorgestellt.

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 6,75 DM

Bestell-Nr.: 6704

Zehn Fragen, die Sie sich beantworten sollten:



Mitgliederwerbeprospekt:

10 Fragen, die Sie sich beantworten sollten

Auf einleuchtende Art und Weise hilft dieser kleine Fragenkatalog CDU-Anhängern, den letzten Schritt auf dem Wege zur Mitgliedschaft in der CDU zielstrebig anzugehen; denn oft fehlt nur noch ein kleiner Anstoß!

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 20,- DM

Bestell-Nr.: 6684



Faltprospekt:

So werben Sie Mitglieder für die CDU

Wie führt man ein erfolgreiches Werbegespräch?

Was muß man dabei in jedem Falle berücksichtigen?

Auf alle Fragen gibt unser Faltprospekt Tips und Hinweise und hilft Ihnen mit stichhaltigen Argumenten zielsicher weiter.

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 13,- DM

Bestell-Nr.: 6685

Beitrittserklärung

Was jeder CDU-Mitgliederwerber stets in der Jackentasche mit sich führt: die auch optisch ansprechenden Aufnahmeanträge der CDU.

Mindestabnahme: 150 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 0,00 DM

Bestell-Nr.: 6717

(Beitrittserklärung ohne Staffel)

Bestell-Nr.: 6718

(Beitrittserklärung mit Staffel)

So werben Sie Mitglieder für die CDU.

**Hinweise, Tips und Argumente
für Ihr erfolgreiches Gespräch.**



Willkommens-Scheckheft

Damit sich ein neues Mitglied bei uns in der Union gleich wie zu Hause fühlt.

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 9,25 DM

Bestell-Nr.: 0316

Einzelexemplare können Sie bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn 1, bestellen.

**Bestellung an
IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold**

Besteller und Versandanschrift		Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen)
		<input type="checkbox"/> Normalversand
		<input type="checkbox"/> Eilzustellung (gegen gesonderte Berechnung)
 des Bestellers	/	

Gilt nur für Landes- und Kreisverbände:

Bitte tragen Sie in den nebenstehenden Kästchen die Nummer Ihres Verbandes ein (siehe Jahrbuch der CDU/CSU)

--	--	--

Best.-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis
6684		Mitgliederwerbeprospekte „10 Fragen, die Sie sich beantworten sollten“	
6685		Prospekte „So werben Sie Mitglieder für die CDU“	
6704		Leitfaden „Mitgliederwerbung leicht gemacht“	
0316		Willkommenscheckhefte	
6717		Beitrittserklärung ohne Staffel	
6718		Beitrittserklärung mit Staffel	

Datum

Stempel

Unterschrift

Ostern aktiv

Das Osterfest gibt vielfachen Anlaß zum Feiern. Es ist nicht nur eines der bedeutendsten christlichen Feste, für viele Menschen bedeutet es auch das Ende der dunklen Winterzeit. Was läge näher, diese frohe Stimmung des Aufbruchs auch für politische Aktionen zu nutzen? Die CDU-Bundesgeschäftsstelle gibt Ihnen dazu auf den folgenden Seiten einige Tips.

Für eine breite Öffentlichkeit

■ **Oster-Canvassing an beliebten Treffpunkten** — Gerade am Ostersamstag ist hierfür ein sehr guter Zeitpunkt. Die Einkaufszentren und Fußgängerzonen bieten sich besonders für eine CDU-Aktion an.

Denken Sie natürlich und vor allem an Sympathiewerbung. Vergessen Sie nicht unsere „jüngsten Anhänger“ — überraschen Sie Kinder mit kleinen Präsenten (Osterhasen und Luftballons). Viele Eltern lassen sich so auf ein kurzes Gespräch im Umfeld des CDU-Standes ein; der erste Schritt ist getan!

■ **Oster-Postkarten-Aktion** — Wer freute sich nicht über eine nette Postkarte mit einem Hinweis auf die Aktivitäten der örtlichen CDU im Monat April und Mai? Denn überall im Land gehen im Frühjahr die Aktionen der „Offensive '87“ verstärkt weiter.

Für junge und ältere Kinder

■ **Ostereiersuchen einmal anders** — (Nicht nur) Kinder freuen sich, wenn sie Ostern bunte Eier und kleine Geschenke finden, die im Garten oder in der Wohnung gut versteckt sind. Zur Abwechslung könnten Sie diesmal hier und dort

auch ein kleines Präsent der CDU verstecken, z. B. einen Bleistift, ein paar Luftballons oder einen Aufkleber ... So können Sie leicht zu einem lockeren Gespräch über die CDU überleiten.

■ **Ostereier-Fest für Kinder** — Nicht alle Familien sind über die Ostertage in Urlaub. Veranstalten Sie für die Daheimgebliebenen eine lustige Oster-Spiel-Party mit Luftballons und Sackhüpfen, Wettbewerben und einer großen Ostereiersuche, mit dem „gigantischen Tauziehwettbewerb“ und einem Verkleidungswettbewerb für Jung und Alt. Hier sind Frauenvereinigung und Junge Union besonders gefordert.

■ **Oster-Malwettbewerb** — Hier wird der lustigste Osterhase gesucht. Schreiben Sie den Wettbewerb auch in der örtlichen Zeitung aus und setzen Sie einen kurzfristigen Einsendeschluß. Nach Ostern ist der Osterhase so schnell „out“ wie die Zeitung von gestern. Als erster Preis bietet sich eine Fahrt mit Mami und Papi zum nächsten Freizeitpark an.

■ **Hasen-Party** — Die Junge Union führt eine Polit-Fete durch. Hierbei wird einem prominenten Politiker und anderen bekannten Persönlichkeiten aus Kultur und Sport die Möglichkeit gegeben, sich auf einer kleinen Bühne für je 10 Minuten den Fragen der jungen Leute zu stellen. Eine gute Mixtur aus Musik und Politik (4:1) ist Voraussetzung für eine gelungene Veranstaltung.

Gemeinsam feiern

Ostern wird gefeiert. Das Ende der christlichen Fastenzeit wird traditionsgemäß mit einem großen Festschmaus beendet. Wie wäre es, wenn Sie diesmal zu Ostern etwas mehr auf Ihre Gesundheit achten und zugleich etwas für die CDU werben würden? Wir machen Ihnen dazu einige praktische Vorschläge:

■ **Fit in den Frühling** — Laden Sie ein paar Freunde zu einem Rohkostbuffet

ein. Das ist nicht nur gesund, Sie können diese Einladung auch als Einstieg in einer Diskussion über neue Lebensweisen verknüpfen, nach dem Motto: „Man muß ja nicht gleich grün sein, um gesund zu leben!“

■ **Gesundheitsjogging** — „Vom Eise befreit . . .“, so heißt es nicht nur bei Goethe. Fast jede Familie trifft sich Ostern zum Familienspaziergang. Machen Sie diesmal Ihren Spaziergang mit Freunden — noch besser, laden Sie zum gemeinsamen „Joggen“ ein. Motto: „Bewegung macht fit.“

■ **Osterlauf** — Wenn Ihnen ein Spaziergang zu langsam ist, nutzen Sie doch die Volkslaufbewegung aus und veranstalten Sie vor Ort einen Volkslauf. Laden Sie prominente Politiker, Künstler und Sportler dazu ein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Auch wenn Sie erst kurzfristig angesprochen werden, sind die örtlichen Sportvereine sicher gerne zur Hilfe bereit.

In der Nachbarschaft

■ **Osterradtour mit Schiff, Bus oder Fahrrad** — Wer es lieber etwas bequemer hat, lädt ein: zur gemeinsamen Schiffsfahrt auf Rhein, Mosel, Bodensee oder auf der Außenalster; zur gemeinsamen Sternfahrt in ein beliebtes Ausflugslokal. Immer mit dabei: Musik, gute Laune und ein Schuß Politik.

Hilfe in der Not

Daran sollte man auch denken: Ostern ist nicht für jeden ein willkommener Festtag für eine kurze Urlaubsreise oder zum Verschnaufen und Kraft gewinnen für den Alltag. Zahlreiche Menschen fühlen sich alleine und brauchen das Gefühl, dazugehören.

■ **Osterbesuch im Seniorenheim** — Ein Besuch im Seniorenheim wird hier sicherlich Freunde schaffen und ein kleines Ostereigeschenk wird seine Wirkung

nicht verfehlten. Sicher werden sich CDU-Mitglieder der Frauenvereinigung bereit erklären, einen Kuchen zu backen. Sprechen Sie die Musikvereine, Musikschulen oder Studenten der Musikhochschule an und bitten Sie sie, für ein bis zwei Stunden zum Gelingen der guten Sache beizutragen. Denken Sie daran, daß der/die Bundestagsabgeordnete Ihres Kreises bei dieser Veranstaltung nicht fehlen sollte.

■ **Osterbesuch im Kinderheim** — Auch Kinder im Kinderheim oder im Kinderkrankenhaus freuen sich sicher über Ihren Besuch. Sorgen Sie für ein lustiges Programm mit einem Clown, einem Zauferer und etwas Musik. Im Kinderheim gibt es sicher die Möglichkeit, die Kinder versteckte Eier suchen zu lassen oder einen Eiergeschicklichkeitslauf zu veranstalten. Besonders freuen sich Kinder über Luftballons, nehmen Sie deshalb ausreichend CDU-Ballons mit!

■ **Ostereier-Basar** — In Zusammenarbeit mit einer vor Ort tätigen gemeinnützigen Organisation oder einem Verein sammelt die CDU Geld für einen guten Zweck. Außer dem Angebot von bunt bemalten Ostereiern läßt sich nach Art eines Basars natürlich auch alles anbieten, was einem wohl lieb und wert ist, beim Frühjahrsputz aber endlich einmal ausrangiert wurde.

Für die Umwelt

Denken Sie auch einmal an unsere Umwelt, für die wir im beginnenden Frühling etwas tun können.

■ **Osterputz: Wir räumen auf in der Landschaft** — Damit der Osterhase nicht über Unrat in Feld und Flur stolpert. Die Junge Union beteiligt sich an der „Offensive '87“ und räumt gewaltig auf. Zum Treffen unbedingt mitbringen: Müllbeutel, Handschuhe und Greifzange. Nach getaner Arbeit wird ein Imbiß gereicht. Kennwort: Hase Saubermann.



Frohe Ostern!

**Wir können wieder mit
Vertrauen in die Zukunft
schauen, denn wir sind auf einem
guten Weg in Deutschland:**

- Die Preise sind wieder stabil (im Februar 0,7 % Preissteigerung).
- Endlich bleibt von den Lohn-erhöhungen ordentlich was übrig und die Rentenerhöhungen sind noch mehr wert.
- Die Arbeitsplätze sind sicher und die Beschäftigung nimmt weiter zu (1986: ca. 350 000 neue Arbeitsplätze).
- Seit dem 1. Januar 1986 werden junge Familien mit Kindern besonders gefördert.

**Darüber können wir uns gemeinsam freuen:
Die erfolgreiche Politik der Regierung
Helmut Kohl zahlt sich für alle Bürger aus!**

**Ihre
CDU**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

WIR LIEBEN KINDER



Unser Land soll kinderfreundlicher werden, weil es ohne Kinder eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nicht gibt. Deshalb haben wir mit der jahrelangen Benachteiligung von Familien mit Kindern Schluß gemacht.

Mit dem 10-Milliarden-Familienpaket werden jetzt Familien mit Kindern unterstützt.

Damit es Familien mit Kindern wieder besser geht:

- Erziehungsgeld für Mütter oder Väter in Höhe von 600 DM monatlich für Kinder, die nach dem 31. Dezember 1985 geboren sind.
- Erziehungsurlaub von 10 Monaten, der mit dem Erziehungsgeld verbunden ist und in dem Kündigungsschutz besteht.
- Anrechnung der Erziehungszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung von einem Jahr pro Kind. Das hat es noch nie gegeben.
- Anhebung der Haushalts- und Kinderfreibeträge sowie Einführung eines Kindergeldzuschlags.

Politik für Familien mit Kindern ist Politik für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Für die Zukunft unseres Landes.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

9/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druk, Düsseldorf.